

GR Martina KAUFMANN, MMSc B.A.

17.05.2015

A N T R A G

Betreff: Erleichterte Beantragung der Wahlkarte

In Kürze stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Die Steiermark wählt wieder und pünktlich treffen Wahlinformationsbriefe ein, die unter anderem über die vorgezogene Stimmabgabe informieren. Ist man also zur Wahl verhindert und kann persönlich nicht erscheinen, gibt es die fantastische Möglichkeit online eine Wahlkarte zu beantragen. Dafür müssen aktuell 4 Punkte erfüllt werden um die Identität der Bürgerin bzw. des Bürgers zu verifizieren und somit die frühere Stimmabgabe zu ermöglichen.

Schlüssige, zu erfüllende Bedingungen bei der online-Beantragung sind eine Kopie eines beliebigen, behördlich ausgestellten Lichtbildausweises – Personalausweis, Pass, Führerschein, etc. -, die im Brief ersichtliche Nummer der Beantragung, sowie die Bürgerkarte. Beim vierten angeführten Punkt allerdings müssen Antragstellerinnen und Antragsteller allerdings abrechnen. Gefragt ist nämlich die Nummer des Reisepasses, den viele Österreicherinnen und Österreicher mittlerweile gegen den handlicheren Personalausweis getauscht haben - mit dem man ja auch sehr weit kommt, wenn es (bloß) ums Reisen geht.

Nun stellt sich die Frage: Wieso kann man die Kopie des Personalausweises angeben, aber nicht seine Nummer?

Momentan ist es leider noch so, dass die Prüfung der Personalausweisnummer händisch durchgeführt werden muss und aktuell nur die Nummer des Reisepasses automatisch Aufschluss über die Richtigkeit der Identität des Beantragenden gibt. Was fehlt ist also eine Art Schnittstelle, die die Überprüfung der eingegebenen Personalausweisnummer ermöglicht.

Weil es immer Ziel ist, dass Wahlen eine hohe Beteiligung aufweisen, stelle ich den

Antrag,

die Stadt Graz möge an den Bundesgesetzgeber herantreten, um diese Datenschnittstelle herzustellen und somit den Bürgerinnen und Bürgern einen erleichterten Zugang zur Wahlkartenbeantragung ermöglichen.

GR Martina KAUFMANN, MMSc B.A.

17.05.2015

A N T R A G

Betreff: „Startwohnung“ - Gemeindewohnungen für junge Erwachsene

Der Wohnungsmarkt in Graz ist speziell für junge Menschen eine schwierige Hürde, wenn es um die Realisierung ihrer Lebenspläne geht. Oft wird er zu einem wichtigen Faktor der partiellen sozialen und ökonomischen Abgrenzung junger Erwachsener, da die Wohn- und Arbeitssituation mit individueller Entfaltung und sozialer Anerkennung eng verknüpft sind.

Geht es um Wohnimmobilienpreise, so ist der Euroraumdurchschnitt von deutlichen Preisrückgängen - nach dem Platzen der Immobilienblasen in Ländern wie z.B. Irland, Spanien, Estland und Griechenland - geprägt.

Österreich hat allerdings in den letzten Jahren im Euroraumvergleich die stärksten Preisanstiege aufzuweisen. Von Beginn 2007 bis Mitte 2013 sind die Preise um 39% gestiegen (*Quelle: Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien, OENB*).

Das Grazer Wohnungsamt und die der Stadt zur Verfügung stehenden Gemeindewohnungen bieten schwächer verdienenden Personen die Möglichkeit eines adäquaten, kostengünstigen Wohnraums.

Jungen und schwach verdienenden Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz soll bis zur Erreichung des 27. Lebensjahrs die Möglichkeit der Miete einer sogenannten „Startwohnung“ geboten sein. Diese soll als Singlehaushalt oder Wohnungsgemeinschaft geführt werden können. Startwohnungen sollen eine maximale Mietdauer von 3 Jahren aufweisen. Durchmischung ist hier das Stichwort.

Es braucht in den Siedlungen junge Menschen, die offen sind für ein gemeinsames Zusammenleben. Die Sozialghettoisierung muss gestoppt werden, denn nur so ist es möglich, dass sich manch prekäre Situationen gar nicht erst aufschaukeln können und der Stadt Folgemaßnahmen und somit hohe Kosten erspart bleiben.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die zuständigen Stellen im Haus Graz

- eine fixe Anzahl an Gemeindewohnungen als „Startwohnungen“ an junge Menschen mit eigenen Vergaberichtlinien und Ansparmodellen vergeben;
- jungen Menschen die Zugänglichkeit zu Wohnungen mit günstigeren Mietpreisen am Wohnungsmarkt erleichtern.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 21. Mai 2015

Antrag

Betrifft: Kinderspielgeräte und Grünraum am Griesplatz

Nicht zuletzt die Erweiterung des Lendwirlbels auf den Bezirk, inclusive öffentlichem Frühstück am Griesplatz, hat es gezeigt: der Bezirk Gries wird, nicht zuletzt durch die Attraktivierung des sog. Annenviertels, immer beliebter als Wohnbezirk für Familien. Einige Plätze werden jedoch von Familien eher gemieden als genutzt. Dazu zählt der Griesplatz. Im Bereich der Bushaltestellen liegt dies an der Verkehrssituation. Die Ecke zwischen Kiosk und Griesbäcker dagegen ist verkehrsberuhigt. Als urbanes Brachland wird sie jedoch kaum genutzt – und wenn, nur nachts, was nicht selten zu massiven Ruhestörungen führt.

Durch das Aufstellen von Kinderspielgeräten und lokaler Begrünung könnte dieser leere Platz jedoch eine neue Form der Nutzung gewinnen. AnwohnerInnen aller Generationen könnten hier unter Bäumen im Schatten sitzen, Kinder würden den Platz mit Leben füllen. Ergebnis wäre ein interkulturelles Miteinander, das der Integration sehr dienlich ist.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, darauf hinzuwirken, dass am nördlichen Griesplatz zwischen Kiosk und Griesbäcker Bäume gepflanzt, Bänke aufgestellt und Kinderspielgeräte angebracht werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Manfred Eber**

Donnerstag, 21. Mai 2015

Antrag

Betrifft: Führung der Linie 67E

Vor wenigen Monaten wurden die Wohnungen der Häuser Zeppelinstraße 10 – 16 an die neuen MieterInnen übergeben. Mit über 90 Wohnungen kann man beinahe schon von einem kleinen Dorf sprechen.

Die MieterInnen haben sich inzwischen gut eingelebt, allerdings mehren sich in letzter Zeit die Beschwerden darüber, dass an Sonn- und Feiertagen keine Anbindung durch die Busse 50 und 67 besteht.

Eine Möglichkeit, dem Wunsch nach einer besseren Anbindung zu entsprechen, wäre, die Buslinie 67E, die an diesen Tagen zwischen Jakominiplatz und Zanklstraße verkehrt, auf die Führung der Linie 67 umzustellen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auch an Sonn- und Feiertagen eine bessere Anbindung der Zeppelinstraße erfolgt, beispielsweise durch die angesprochene Umstellung der Linie 67 E auf die Linie 67.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 21. Mai 2015

Antrag

Betrifft: Benennung einer Verkehrsfläche nach Franz Leitner

Anlässlich des Gedenkens der Befreiung vom Hitlerfaschismus ist eine Würdigung des ehemaligen Grazer Landtagsabgeordneten **Franz Leitner** durch die Stadt Graz mehr als wünschenswert. Leitner wurde von der Israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als *Gerechter unter den Völkern* geehrt, der höchsten Auszeichnung für Menschen nicht-jüdischer Herkunft. In einer Zeit, in der so oft der Mangel an Vorbildern und Werten bedauert wird, gilt es verstärkt Leben und Wirken von Menschen aufzuzeigen, die sich - treu ihrem humanistischen Weltbild - für andere Menschen heldenhaft eingesetzt haben.

Franz Leitner wurde schon mit 18 Jahren aus politischen Gründen vom Ständestaat inhaftiert. Nach dem sog. „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland erfolgte seine Verhaftung und Deportation ins KZ Buchenwald. Als Blockältester des „Kinderblocks“ konnte er nicht nur erfolgreich für bessere Haftbedingungen kämpfen, sondern auch vielen jüdischen Kindern das Leben retten. Franz Leitner war außerdem aktiv an der Selbstbefreiung der KZ-Häftlinge in Buchenwald beteiligt.

Nach dem Krieg wurde er Vizebürgermeister und Stadtrat von Wiener Neustadt. Später erfolgte seine Übersiedelung nach Graz, wo er in den Jahren 1961 bis 1970 als Abgeordneter der KPÖ zum Steiermärkischen Landtag tätig war. Weiters wirkte er im Präsidium des Bundesverbandes der ehemaligen österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus. Leitner war Träger des Menschenrechtspreises des Landes Steiermark und des Goldenen Verdienstzeichens des Landes Wien

Vor zehn Jahren ist Franz Leitner gestorben. 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus stünde es der Menschenrechtsstadt Graz gut an, dafür zu sorgen, dass Menschen wie er nicht in Vergessenheit geraten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine geeignete Verkehrsfläche nach Franz Leitner zu benennen.

Betreff: Initiative gegen leerstehende
Geschäftsräumlichkeiten



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

Graz, 21. Mai 2015

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 21. Mai 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Viele – in der Vergangenheit als Flanier- und Einkaufsstraßen beliebt – Grazer Straßen bieten heute ein eher tristes Bild: Statt durch eine Buntheit an Angeboten ins Auge zu stechen, fallen sie eher durch verklebte Schaufenster, runtergelassene Rollläden, verschlossene Türen und dem Schild „Geschäftsfläche zu vermieten“ auf. Die Zahl der leerstehenden Geschäftsflächen ist jedenfalls enorm – egal, ob man durch die Annenstraße geht, die Griesgasse, über den Lendplatz: Es ist überall dasselbe Bild. Und das, obwohl gleichzeitig in Graz viele junge Kreative dringend Verkaufs- und Ausstellungsräume benötigen würden – allerdings in „leistbarem Rahmen“, da gerade in der „Start Up“-Phase höhere Investitionen bzw. längerfristige Bindungen nicht machbar sind. Wien hat darauf reagiert – und die Initiative „nest“ für Leerstandsmanagement gestartet, die Zwischennutzungen von leerstehenden Objekten für Start-Ups oder Kreativateliers vermittelt. Der Vorteil: Als Miete müssen nur die Betriebskosten und Verwaltungsspesen bezahlt werden und damit ergibt sich eine Win-Win Situation für alle Beteiligten. Denn die Eigentümer brauchen sich keine Sorgen zu machen, weil ihre leerstehenden Gebäude verfallen und die anderen haben kostengünstigen Raum, um zu arbeiten und ihre Arbeit sichtbar zu machen. Ein Modell, das auch für Graz von Interesse sein könnte – es ist nicht zuletzt diese kreative Szene, die Graz zur „Design-Hauptstadt“ werden hat lassen; uns so, wie wir deshalb zurecht stolz sein dürfen auf diese Szene, so gilt es natürlich auch, sie zu unterstützen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, für Graz gemäß Motivenbericht ein mit „nest“ vergleichbares bzw. ähnliches Leerstandsmanagement zu entwickeln.

Betreff: Neue Straßenbahnzüge für Linie 3/
ExpertInnenkommission betreffend Parkplätze



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

Graz, 21.5.2015

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Michael Grossmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 21. Mai 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ab 2019/2020 werden auch auf der Linie 3 neue Straßenbahnzüge eingesetzt werden müssen, da bis dahin die derzeit hier in Verwendung stehenden Fahrzeuge dann nicht mehr zur einsatzfähig sein werden. Was jedoch – so die dem Bezirksrat Leonhard vorliegenden Informationen – zur Folge haben wird, dass aufgrund der technischen Anforderungen und der Bauart der neuen Straßenbahnzüge sämtliche PKW-Stellplätze zu beiden Seiten in der Schillerstraße ersatzlos aufgelassen werden müssen und auch in der Sparbersbachgasse ein Großteil der Parkplätze wegfällt. Ein Umstand, der den Bezirksverantwortlichen verständlicherweise größte Sorge bereitet, da in diesem Gebiet die Blauen Zonen bereits jetzt tagsüber mit 85 Prozent und in den Abendstunden sogar mit 100 Prozent ausgelastet sind. Somit wäre der Verlust von besagten rund 100 Stellplätzen für den Bezirk nicht mehr verkraftbar.

Seitens des Bezirkrates Leonhard besteht daher der dringende Wunsch, dass eine ExpertInnenkommission unter Einbindung des Bezirkes schon im Vorfeld nach Lösungen für diese Problematik sucht, da ohne Zeitdruck, mit umfassender Information und über einen Beteiligungsprozess solche Vorhaben besser und vor allem auch den Intentionen der AnrainerInnen entgegenkommender entwickelt bzw. umgesetzt werden können.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher in Anlehnung an die bereits im April erfolgte Bezirksratsinitiative von ÖVP, SPÖ und KPÖ

den Antrag:

Der zuständige Verkehrsreferent Mag. Mario Eustacchio möge gemäß Motivenbericht die Einrichtung einer entsprechenden ExpertInnenkommission unter Einbindung des Bezirkrates Leonhard und AnrainerInnen des Herz Jesu-Viertels betreffend Folgen/Konsequenzen/Vorsorge speziell für den Parkplatzbereich aufgrund des voraussichtlich ab 2019/2020 erforderlichen Einsatzes neuer Straßenbahnzüge auf der Linie 3 veranlassen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **21. Mai 2015** von Gemeinderat Berno Mogel

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21.05.2015

Betreff: Toilette am Kaiser-Josef-Platz
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auf Grund der immer wiederkehrenden Kritik, dass es am stark frequentierten Kaiser-Josef-Platz keine öffentlichen WC-Anlagen gibt, kommt von am Platz ansässigen Gewerbetreibenden der Vorschlag, das bisher vom Marktamt benutzte Büro im Gebäude des ehemaligen Obstbau Edler zu einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auszubauen. Nicht nur der reguläre Marktbetrieb sondern auch Veranstaltungen am Nachmittag würden davon profitieren. Die Wirtschaftstreibenden und die Besucher des Kaiser-Josef-Platzes werden es Ihnen danken.

Da diese Lösung eine durchaus kostengünstige zu sein scheint, ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht zu prüfen, ob der Ausbau des bisher vom Marktamt benutzten Büros im Gebäude des ehemaligen Obstbau Edler zu einer öffentlichen Bedürfnisanstalt durchgeführt werden kann. Im Falle einer positiven Beurteilung möge eine Adaptierung noch bis zum Sommer 2015 vorgenommen werden.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **21. Mai 2015** von Gemeinderat
Mag. Rudolf Moser

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21.05.2015

Betreff: Hausordnung für Gemeindewohnungen
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Rahmen einer Recherche ist aufgefallen, dass die Hausordnung für Gemeindewohnungen nicht auf der Homepage der Stadt Graz veröffentlicht ist.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Amt für Wohnungsangelegenheiten wird ersucht, die Hausordnung für Gemeindewohnungen in ihrer derzeit geltenden Fassung auf der Homepage der Stadt Graz an geeigneter Stelle zu publizieren.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **21. Mai 2015** von Gemeinderätin
Mag. Astrid Schleicher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 21.05.2015

Betreff: Hundekot-Sackerl
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die kalten Tage sind vorbei, die Grazer Bürger verbringen wieder vermehrt Zeit in den städtischen Parkanlagen. Viele davon sind Hundehalter und stehen leider oft vor leeren Sackerlspendern.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Abteilung für Grünraum und Gewässer möge geeignete Möglichkeiten erarbeiten, um der chronischen Knappheit von Hundekot-Sackerln zu begegnen.



Antrag der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 21. Mai 2015

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Verzicht auf Einsatz von Pestiziden – insbesondere mit Wirkstoff Glyphosat

Der Bericht im Grazer vom 2. Mai 2015 zum Einsatz von Pestiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat durch die Holding Graz hat zu zahlreichen weiteren Hinweisen seitens der Grazer Bevölkerung geführt. Unter anderem soll 2013 der gesamte Bezirkssportplatz in der Muchargasse zweimalig "behandelt" worden sein. Wenige Minuten später spielten bereits wieder Kinder im Gras. Weiters wurde berichtet, dass die TU Graz in der Infeldgasse entlang des Zauns regelmäßig mit glyphosathaltigen Pestiziden gegen unerwünschten Bewuchs der Randzonen vorgeht – entlang eines beliebten Geh- und Radweges.

Glyphosat ist der weltweit am häufigsten eingesetzte Wirkstoff zur „Unkrautbekämpfung“. Er wird über grüne Pflanzenteile aufgenommen und über den Saftstrom in der ganzen Pflanze verteilt. Glyphosat wird gegen unerwünschte Beikräuter auf landwirtschaftlichen Flächen (Acker-, Wein- und Obstbau, Wiesen und Weiden), im Wald, auf Kommunalflächen (Plätze, Parks), in Haus- und Kleingärten (Rasen, Wege), an Friedhöfen sowie auf Straßenrändern und Bahndämmen verwendet. Glyphosat wird häufig mit Tallowaminen als Zusatzstoff kombiniert. Diese erhöhen die Wirksamkeit und Toxizität von Glyphosat. Die Zusatzstoffe eines Pestizids sind in den Produktdatenblättern und teilweise auch auf den Verpackungen aufgelistet.

Glyphosat-haltige Produkte können in nahezu jedem Baumarkt/Gartencenter gekauft werden. Glyphosat wird in verschiedenen Mischungen und unter verschiedenen Markennamen (wie z.B. Roundup®) vertrieben. 17 unterschiedliche Produkte sind aktuell in Österreich zugelassen, und zusätzlich dürfen auch die 70 in Deutschland zugelassenen Produkte bei uns verwendet werden. In Österreich werden derzeit nach Angaben des Landwirtschaftsministers jährlich rund 400 Tonnen Glyphosat eingesetzt – und das in steigenden Mengen.

In den letzten Jahren verdichten sich die Hinweise, dass der Wirkstoff Glyphosat und weitere Zusatzstoffe sowie deren Abbauprodukte gefährlicher sind als bisher angenommen. Die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO kommt nun (März 2015) nach zahlreichen Untersuchungen zu dem Schluss, dass Glyphosat „als wahrscheinlich krebserregend“ einzustufen ist. Wie es in dem Bericht heißt, gebe es begrenzte Nachweise an Menschen und ausreichende Nachweise an Tieren für das krebserregende Potenzial.

Ebenso steht es im Verdacht, bei Tieren und Menschen die Fortpflanzung und Embryonal- bzw. Fötalentwicklung negativ zu beeinflussen.

Auch trägt der Einsatz von Glyphosat Mitschuld an der Abnahme von Blühpflanzen. Diese wiederum werden aber unbedingt als Nahrung für Bienen und andere Bestäuberinsekten gebraucht.

Aus Gründen des Schutzes der Umwelt, der Biodiversität und der Gesundheit des Menschen ist es daher dringend geboten, den Einsatz von Glyphosat zu verringern bzw. ganz zu beenden.

Zu Herbiziden wie Glyphosat gibt es u.a. folgende Alternativen:

- Förderung der Akzeptanz und Anlegung einer natürlichen („wilden“) Vielfalt an Pflanzen, denn „geputzte“ Äcker und Gärten, Einheitsflora und Einheitsrasen sind nicht natürlich! Diese natürlichen Flächen bieten dann auch Rückzugsraum und Nahrung für Bienen und andere Insekten.
- Schaffung von Blumenwiesen statt Rasenflächen.
- Nutzung von anderen Herbiziden mit weniger ungünstigen Umwelteigenschaften wie z.B. Finalsan oder Einsatz von Flämmgeräten zur Beikrautvernichtung.
- Förderung des Biologischen Landbaus und der Bio-Gärtnerei bzw. Verzicht auf Pestizide (Fruchtfolgen, Beikrautbeseitigung händisch oder maschinell).

Aus all den genannten Gründen sollte die Gemeinde Graz sich in Form einer freiwilligen Selbstbindung verpflichten, bei der Pflege kommunaler Grünflächen auf die Verwendung von Glyphosat-haltigen Pestiziden zu verzichten und Alternativen zu suchen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag

Die politisch Verantwortlichen sowie die zuständigen Abteilungen werden beauftragt dafür Sorge zu tragen:

- 1. Bei der Pflege von kommunalen Flächen der Gemeinde auf den Einsatz von Glyphosat-hältigen Pestiziden zu verzichten und allen mit dieser Aufgabe befassten MitarbeiterInnen der Gemeinde und Holding Graz entsprechende Anweisungen zu erteilen.**
- 2. alternative Bepflanzungsmaßnahmen, die als Bienenweide dienen und keinen oder zumindest weniger Giftstoffeinsatz benötigen, für gemeindeeigene Flächen zu suchen und umzusetzen.**
- 3. Informationsmaßnahmen über Glyphosat und andere chemische Pestizide in der Gemeinde durchzuführen. Damit soll das Bewusstsein über die gesundheitlichen Gefahren und die umweltschädlichen Wirkungen auf Pflanzen und Bestäuberinsekten von Pestiziden erhöht werden. Auch private GrundeigentümerInnen und LandwirtInnen sollen dazu bewegt werden, auf die Verwendung von Pestiziden insb. mit dem Inhaltsstoff Glyphosat zu verzichten.**